

Bern, 25. Juni 2016

Medienmitteilung

FDP: kompetent in Wirtschafts- und Europapolitik

AHVplus, „Grüne Wirtschaft“ und Nachrichtendienstgesetz

Erstmals fand die Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen unter der Leitung von Parteipräsidentin Petra

Gössi statt. Sie unterstrich in ihrer Rede den Wert der Freiheit und unser Privileg, in einer freien Gesellschaft zu

leben. Auch ist die FDP sowohl die führende Wirtschaftspartei, und hat die höchste Kompetenz in der Europapolitik.

Mit Blick auf den von Grossbritannien beschlossenen Austritt aus der EU sind diese gefragter denn je. Bundesrat

Didier Burkhalter machte klar, dass stabile Beziehungen sowie Rechtssicherheit mit den europäischen Partnern und

genauso mit Grossbritannien entscheidend sind für die Schweiz. Die Delegierten verabschiedeten hierzu eine

Resolution die Aufzeigt, wie die FDP diesen Herausforderungen begegnet. Zudem fassten die Delegierten die

Abstimmungsparolen zu den drei am 25. September 2016 zur Abstimmung kommenden eidgenössischen Vorlagen.

Die FDP steht wie keine andere Partei für die Freiheit. „Freiheit ist einer der grössten Werte unserer Gesellschaft! Und Freiheit

ist gleichzeitig ein Eckpfeiler und einer der grössten Werte der FDP.Die Liberalen“, unterstrich Parteipräsidentin Petra Gössi.

Sie verwies in ihrer Rede ebenfalls auf die aktuellste Selects-Studie die aufzeigt, dass die FDP sowohl die führende

Wirtschaftspartei als auch die Partei mit der grössten Kompetenz in der Europapolitik ist. Die Parteipräsidentin betonte, wie

wichtig dieses Know-how für die Schweiz von heute, aber vor allem auch für die künftige Entwicklung unseres Landes ist. Auch

betonte Bundesrat Didier Burkhalter, wie wichtig klar geregelte Beziehungen der Schweiz zu unseren europäischen Partner

sind. Beide legen grossen Wert auf die Fortführung des bilateralen Weges.

Liberale Rezepte für eine starke Schweiz

Gestern entschieden die Britinnen und Briten, dass sie künftig nicht mehr Teil der EU sein wollen. Für die Schweiz bedeutet dies einerseits, dass der Franken noch stärker wird und die exportorientierten Unternehmen vor noch höheren Hürden stehen. Auch ist zu erwarten, dass seitens der EU bezüglich die Umsetzung der Verfassungsbestimmung zur Steuerung der Zuwanderung keine Zugeständnisse gemacht werden. Darum muss die Schweiz alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Zuwanderung eigenständig zu senken und dabei die bilateralen Verträge nicht zu gefährden. [Hierzu verabschiedeten die Delegierten ohne Gegenstimme eine entsprechende Resolution.](#)

FDP. Die Liberalen will mit ihren liberalen Rezepten der Schweiz die dringend nötige Rechtssicherheit sowie Stabilität

ermöglichen. Zuoberst stehen der Abbau von Bürokratie und die Verringerung der Abgabenlast. Beides ist für Schweizer

Unternehmen überlebenswichtig.

Ein Eigentor der Linken

Die Initiative „AHVplus“ hätte eine Erhöhung der jährlichen AHV-Ausgaben von 4 Milliarden im 2018 und von 5,5 Milliarden im

2030 zur Folge. Die Initianten kümmert es nicht, wie ihr Vorschlag finanziert wird und das die Initiative ihr Ziel verfehlt.

Pensionierte, die in armen Verhältnissen leben, würden nicht von der Rentenerhöhung profitieren. Vielmehr wären es die

Wohlhabenden. Diese Initiative schießt also ein Eigentor. Denn von der Rentenerhöhung würden nur jene profitieren, die keine

Ergänzungsleistungen beziehen. Dies, weil der Betrag, der dieser Erhöhung entspricht, direkt von den Ergänzungsleistungen

abgezogen werden würde. Mit anderen Worten: Von der Initiative würden vor allem die Rentner profitieren, für welche kein

Risiko auf Armut besteht. Die Delegierten beschlossen einstimmig, die Initiative abzulehnen.

NEIN zu einem grünen Korsett, das unseren Wohlstand bedroht

Die FDP setzt sich ein für eine ressourceneffiziente Wirtschaft und ein nachhaltiges Konsumverhalten. Wir sagen aber klar Nein

zu geplanten Regulierungen, die keinen Mehrwert schaffen. Die Initiative ist ein gefährliches Experiment mit unzähligen Risiken

und unabsehbaren Gefahren. Um das Ziel zu erreichen, müssten Konsumenten bevormundet, die Wahlfreiheit eingeschränkt

und den Unternehmen Produktionsprozesse diktiert werden. Bund und Kantone installieren für die neuen staatlichen Eingriffe

ein Bürokratiemonster, mit dem Eigenverantwortung und Innovation untergraben werden. Die Wirtschaft trägt bereits heute mit

zahlreichen freiwilligen Massnahmen zur Ressourcenschonung bei. Die Delegierten beschlossen mit 244 zu 1 bei 2

Enthaltungen, die Initiative abzulehnen.

Nicht mehr, aber bessere Überwachung

Das Nachrichtendienstgesetz ist die Antwort auf die heutigen Bedrohungen. Es erhöht die Sicherheit und trägt zum Schutz des

Wirtschaftsstandorts Schweiz bei. Das Gesetz gewährleistet das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit. Es geht vom

Grundgedanken aus, dass nachrichtendienstliche Massnahmen möglichst eng auf die tatsächlichen Bedrohungen und ihre

Urheber ausgerichtet werden sollen, während der Grossteil der Bevölkerung keiner nachrichtendienstlichen Beobachtung

ausgesetzt ist. Für die wenigen Fälle, welche die innere oder äussere Sicherheit bedrohen und damit viele Menschen

gefährden, soll der Nachrichtendienst des Bundes aber über wirksame und gezielte Instrumente verfügen. Die Delegierten

beschlossen mit 237 zu 2 bei 3 Enthaltungen, das Gesetz anzunehmen.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

› Petra Gössi, Präsidentin FDP.Die Liberalen, 079 347 88 71

› Samuel Lanz, Generalsekretär, 079 766 38 86

› Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort

Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die

bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.